



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
Sitzung des Bauausschusses
am Montag, 07.04.2014

Ort: Foyer der Bauverwaltung, Mühlendamm 12, Lübeck
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 19:55 Uhr

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Christopher Lötsch- CDU

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Dirk Freitag- CDU

Dr. Burkhard Eymer- CDU

bis 18:30 Uhr (TOP 6.3.1)

Carl-Wilhelm Howe- Bü90/DIEGRÜNEN

bis 19:20 Uhr (TOP 6.2)

Kerstin Metzner- SPD

Ulrich Pluschkell- SPD

Harald Quirder- SPD

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Dr. Ulrich Brock- CDU

bis 19:25 Uhr (TOP 6.2)

Ute Friedrichsen- SPD

Nico Goldschmidt- FDP

bis 19:40 Uhr (TOP 8.4)

Roswitha Kaske- CDU

Dieter Rosenbohm- BfL

Detlev Stolzenberg- Die PARTEI-PIRATEN

Tim Stüttgen- DIE LINKE

Vertretung für: Frau Jansen, Antje

Herbert Wolfgramm- Bü90/DIEGRÜNEN

Verwaltung

Franz-Peter Boden- Bausenator

Dennis Bunk- GMHL

Dr. Stefan Klotz- Stadtgrün und Verkehr

Karsten Schröder- Stadtplanung	
Hans-Wolfgang Wiese- Lübeck Port Authority	
Marc Langentepe- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	
Doris Drochner- Stadtplanung	Nur öT
Andreas Krause- Stadtplanung	Nur öT
Michaela Maurer- Stadtgrün und Verkehr	Nur öT
Helmut Schünemann- Stadtplanung	

Protokollführung

Thomas Kaacksteen-

Gäste

Davina Doose- GMSH	ab 17:00 Uhr bis Ende TOP 6.3.1
Gereon Finger- GMSH	ab 17:00 Uhr bis Ende TOP 6.3.1
Walter Hansen- GMSH	ab 17:00 Uhr bis Ende TOP 6.3.1
Dr. Volker Koß-	Nur öT
Michael Rostkowski-	Nur öT
Josephine von Zastrow- LN	Nur öT

Sonstige Personen

Erika Bade- Behindertenbeauftragte	Nur öT
Gerd Maertens- Seniorenbeirat	Nur öT
Klaus-Dieter Zander- Seniorenbeirat	Nur öT

Dr. Volker Koß- BÜ 90 / Die Grünen	Nur öT
------------------------------------	--------

Entschuldigte Mitglieder

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Antje Jansen- DIE LINKE	Entschuldigt abwesend
-------------------------	-----------------------

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Allgemeiner Teil
 - 1.1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.2. Anträge und Beschlussfassung zur Tagesordnung
 - 1.3. Niederschriften, öffentlich vom 17.03.2014
2. Satzungen / Widmungen / Veränderungssperren
 - 2.1. Neuaufstellung einer Werbeanlagensatzung gemäß § 84 LBO SH für die Altstadtbereiche Lübeck und Travemünde
Vorlage: VO/2014/01449
 - 2.2. Bebauungsplan 03.02.00 - Fackenburger Allee / Stadtgraben / Teilbereich II - Auslegungsbeschluss
Vorlage: VO/2014/01491
3. Sonstige Beschlussvorlagen
 - 3.1. 3. Regionaler Nahverkehrsplan der Hansestadt Lübeck (3. RNVP)
Vorlage: VO/2014/01389
 - 3.2. Pilotprojekt "Energetische Stadtsanierung" Lübeck Moisling
Vorlage: VO/2014/01356
4. Mitteilungen und Berichte
 - 4.1. Mitteilungen des Vorsitzenden
 - 4.2. Sonstige Mitteilungen und Berichte
 - 4.2.1. Betrauungsakt und Direktvergabe der Hansestadt Lübeck an die Stadtverkehr Lübeck GmbH und die Lübeck-Travemünder Verkehrsgesellschaft mbH über die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen zur Erbringung des öffentlichen Personennahverkehrs (Linienbusverkehr) und des Fährverkehrs (Priwallfähre) im Gebiet der "Region Lübeck"
Vorlage: VO/2014/01377
 - 4.2.2. Mündlicher Bericht (5.610.4):
"Parken im Quartier Falkenwiese"

- 4.2.3. Fahrradstraße - Dorfstraße
Mündlicher Bericht 5.610.4
- 4.2.4. Sachstand Containergestellung in Steinrade
Mündlicher Bericht 5.651
- 4.2.5. Fehmarnbelttunnel - Auslegung
Mündlicher Bericht 5.610.4
- 4.2.6. ÖPNV - Schlutup - Neubau B104
Mündlicher Bericht 5.610.4
- 4.2.7. Nachpflanzung gefälltter Bäume 2014 / Baumpflege
Mündlicher Bericht 5.660
- 4.2.8. Verzögerung - Kostensteigerung durch Archäologie
Mündlicher Bericht 5.651
- 4.2.9. Teilnahme FB 4 an BA-Sitzungen
Mündlicher Bericht 5.651
- 4.3. Berichte über Verlauf und Ergebnis von Öffentlichkeitsbeteiligungen
- 4.4. Eilentscheidungen des Bürgermeisters
- 5. Anfragen, Anregungen, Anträge und Verschiedenes
 - 5.1. Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen
 - 5.2. Neue Anfragen
 - 5.3. Anträge
 - 5.3.1. Transparenz bei der Baumpflege
Vorlage: VO/2014/01468
 - 5.3.2. Antrag aus der Bürgerschaft vom 05.03.2014:
Ladestationen für E-Bikes
Vorlage: VO/2014/01496
 - 5.3.3. Antrag der SPD-Fraktion:
Antrag zum Anwohnerparkrecht für die Straßen "An der Stadtfreiheit" und "Bergedorfer Straße".
- 13. Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Allgemeiner Teil

TOP 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Ferner weist der Vorsitzende darauf hin, dass seitens der Protokollführung Tonaufzeichnungen vorgenommen werden.

TOP 1.2 Anträge und Beschlussfassung zur Tagesordnung

Herr Lötsch beantragt für die CDU-Fraktion die Aufnahme folgender Punkte auf die Tagesordnung:

- TOP 4.2.3 Fahrradstraße Dorfstraße
- TOP 4.2.4 Sachstand Containergestellung Schule Steinrade

Herr Quirder beantragt für die SPD-Fraktion die Aufnahme folgenden Punktes auf die Tagesordnung:

- TOP 5.3.3 Antrag zum Anwohnerparkrecht für die Straßen „An der Stadtfreiheit“ und „Bergedorfer Straße“

Herr Quirder beantragt weiterhin für die SPD-Fraktion die Vertagung des TOP 4.2.1 (**VO/2014/01377**) da es dort zwischen Stadtverkehr und Stadtverwaltung Ende April 2014 noch eine Gesprächsrunde geben soll.

Weiterhin bittet die Verwaltung um das Vorziehen des TOP 6.3.1 (mündlicher Bericht des GMSH) auf den Anfang des nicht-öffentlichen Teils.

Der Bauausschuss beschließt die Tagesordnung mit den Änderungen unter Anerkennung der gegebenen Dringlichkeit der Vorlagen und Berichte sowie die nicht öffentliche Behandlung der hierfür vorgesehenen TOP - wie vorab besprochen einstimmig.

TOP 1.3 Niederschriften, öffentlich vom 17.03.2014

Frau Friedrichsen spricht den TOP 5.3.1 an. Hier müsste ihre Aussage folgendermaßen korrigiert werden:

„Frau Friedrichsen regt an, dass zur ÖPNV-Versorgung der Siedlung geprüft werden solle, ob Kleinbusse stadtauswärts hinter dem Nadelöhr (Schlutuper Markt) eingesetzt werden könnten, die nur zwischen der Siedlung und dem Schlutuper Markt oder kurz davor pendeln, sozusagen als Shuttlebus.

Die Wegstrecken aus der Siedlung zum Schlutuper Markt sind für ältere Personen und in der Mobilität eingeschränkte Personen zu weit.“

Der Bauausschuss beschließt die Niederschrift unter Maßgabe der vorgenannten Änderungen einstimmig.

TOP 2 Satzungen / Widmungen / Veränderungssperren

TOP 2.1 Neuaufstellung einer Werbeanlagensatzung gemäß § 84 LBO SH für die Altstadtbereiche Lübeck und Travemünde Vorlage: VO/2014/01449

Herr Stolzenberg möchte wissen, warum es notwendig war, eine neue Satzung zu erlassen und wo die Unterschiede zwischen der alten und der neuen Satzung liegen.

Herr Schröder erläutert, dass die §§ 36 und 37 der Gestaltungssatzung – siehe Anlage – sehr allgemein gefasst seien und die speziellen Bedürfnisse der Lübecker Altstadt nicht so präzise wiedergeben würden. Die Satzung als Entwurf beziehe sich auch auf ein wesentlich umfangreicheres Handbuch (wird als CD umverteilt).

Herr Freitag möchte wissen, welches die betroffenen Interessenvertreter seien und er bittet auch um eine Vorstellung im Wirtschaftsausschuss.

Herr Schröder bezeichnet die Interessenvertreter mit den Gewerbetreibenden, Werbegemeinschaften und Einzelhändler der Innenstadt, die durch Werbung auf ihr Gewerbe aufmerksam machen wollen. Weiterhin sagt Herr Schröder eine Vorstellung im Wirtschaftsausschuss zu.

Herr Howe schlägt vor, die Anregungen der öffentlichen Vertreter nach deren Beteiligung im Entwurf mit aufzunehmen und diesen dann im Bauausschuss (BA) zu diskutieren.

Herr Lötsch möchte wissen, ob nur Interessenvertreter angesprochen werden oder auch einzelne Einzelhändler.

Herr Schröder bestätigt, dass nur Interessenvertreter angesprochen werden und ergänzt, dass vor Ort Rundgänge und Umfragen mit den betroffenen Gruppen geplant seien.

Herr Dr. Eymer fragt nach dem Zeitraum dieser Beteiligung.

Herr Schröder erwähnt, dass hierfür das Frühjahr und der Sommer geplant seien, so dass eine Wiedervorlage im Herbst im BA vorgesehen sei.

Frau Friedrichsen möchte wissen, wenn es sich bei dieser Vorlage um eine Neuaufstellung handle, müsse es in irgendeiner Form auch eine alte Fassung geben und wo genau die Unterschiede bzw. Veränderungen zwischen diesen beiden Fassungen liegen.

Herr Schröder teilt mit, dass die Neuaufstellung heißt, dass es neu ist und nicht, dass es eine

alte Fassung gegeben habe. Herr Schröder verweist noch einmal auf die eingangs erwähnte Gestaltungssatzung, die nur allgemeine Auflagen für Werbung beinhaltet.

Frau Friedrichsen möchte weiterhin wissen, wie es in der Peripherie aussehe, wenn diese Werbesatzung nur für die Altstadt und Travemünde gelte.

Herr Schröder erklärt, dass dies eine Frage der Angemessenheit sei. Aus der LBO-SH sei abzuleiten, dass bei einem besonderen Vorliegen eine spezielle Satzung entworfen werden könne, welches bei der Hansestadt Lübeck vorliege. Ansonsten gilt das allgemeine Bauordnungsrecht.

Herr Goldschmidt betont, dass ihm die inhaltlichen Argumente der Satzung zu weit gehen und er eine zu große Einschränkung für den betroffenen Handel sehe, da er keine Überflutung mit Werbung sehe. Gegen wildes Plakatieren vorzugehen sieht Herr Goldschmidt als richtig an.

Herr Senator Boden bekräftigt noch einmal, dass nach Zustimmung dieser Vorlage eine Beteiligung stattfinde, und mit deren Ergebnissen eine weitere Vorstellung im BA erfolgen werde.

Weiterhin ergänzt Herr Senator Boden mit dem Verweis auf andere Städte, auf die längst überfällige und auch notwendige Satzung für Lübeck als UNESCO-Welterbe.

Frau Metzner schlägt ein Abwarten der anstehenden Beteiligung vor, aus deren Input der Entwurf überarbeitet werden solle, um dann erneut im BA zu entscheiden.

Herr Pluschkell bittet auch noch einmal um das Einbeziehen des Wirtschaftsausschusses.

Herr Dr. Eymer möchte gerne eine vergleichbare Werbesatzung an diese Niederschrift beigefügt bekommen und auch einen Zwischenbericht im Wirtschaftsausschuss. Die CDU würde auch heute keine inhaltliche Zustimmung erteilen. Dieses müsste in der überarbeiteten Satzung geregelt werden.

Weiterhin möchte Herr Dr. Eymer wissen, warum diese Satzung sich auch auf Travemünde beziehe.

Herr Schröder begründet dies u.a. mit der Altstadt von Travemünde und der besonderen touristischen Bedeutung des Ortsteils.

Herr Pluschkell schlägt vor, dieser Vorlage zuzustimmen und Ergänzung / Änderung des Entwurfes durch die, seiner Meinung nach umfassenden Rückmeldungen aller Beteiligten zu erweitern.

Herr Goldschmidt möchte wissen, wie mit dem Bestand umgegangen werden solle.

Herr Schröder spricht die Grundsätze der Neuaufstellung an, mit dem Hinweis, dass alte genehmigte Anlagen weiterhin Bestand haben werden und alle Neuen auf den Prüfstand zu stellen seien.

Frau Bade möchte wissen wie die Satzung mit dem Denkmalschutz im Einklang stehe, da ein damaliger Antrag mit Hinweisen auf Toiletten als störend abgelehnt wurde.

Herr Senator Boden bestätigt eine Beteiligung und Abstimmung mit dem Denkmalschutz.

Herr Stolzenberg möchte wissen, wie die Durchsetzung der Werbesatzung durch die Verwaltung in der Praxis umgesetzt werden solle und ob es dafür eine Strategie gebe. Weiterhin erwähnt Herr Stolzenberg auch die Werbung für kulturelle Ereignisse bzw. Veranstaltungen und fragt auch hier nach einem Konzept der Verwaltung und ob es Konflikte mit dem Werbepartner der Hansestadt Lübeck geben werde.

Herr Senator Boden verweist zum ersten Teil der Frage auf die in der Vergangenheit erfolgreiche Bekämpfung der sog. Passantenstopper. Zum zweiten Teil der Frage erläutert Herr Senator Boden, dass es momentan noch kein abschließendes Konzept gäbe, aber einer Duldung von kurzzeitiger Werbung für kulturelle Veranstaltungen nichts im Wege stehe.

Herr Löttsch lässt über die Vorlage mit folgenden Ergänzungen abstimmen:

Diese Abstimmung beinhaltet kein inhaltliches Votum.

Der Wirtschaftsausschuss ist zu beteiligen.

Die endgültige Vorlage ist erst im Wirtschaftsausschuss und danach im BA vorzulegen.

Die Auszüge der §§ 36 und 37 der Gestaltungssatzung und eine Werbesatzung einer anderen Stadt sind dieser Niederschrift beizufügen.

Abstimmungsergebnis:

Für die Vorlage mit den Ergänzungen: 15 Stimmen

Der Bauausschuss beschließt die Vorlage mit den Ergänzungen einstimmig.

Beschluss:

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, mit dem Entwurf der Werbeanlagensatzung gemäß Anlagen 2-4 die Öffentlichkeit und die betroffenen Interessensvertreter zu beteiligen.
2. Nach Auswertung der Beteiligungsergebnisse ist den politischen Gremien zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Vorlage zum Beschluss der Satzung entgegenzubringen.
3. Auf der Grundlage des im Entwurf vorliegenden Handbuchs zur Werbeanlagensatzung (Auszüge in Anlage 5) sind die Einführung und die Praxis der Anwendung durch geeignete Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen.
4. Die Verwaltung soll gewährleisten und Vorsorge treffen, dass mit Inkrafttreten der neuen Werbeanlagensatzung ungenehmigte Anlagen im Geltungsbereich konsequent und systematisch aufgegriffen und gegebenenfalls zur Beseitigung angeordnet werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen:

Nein-Stimmen:

Enthaltungen:

**TOP 2.2 Bebauungsplan 03.02.00 - Fackenburger Allee / Stadtgraben / Teilbereich II -
Auslegungsbeschluss
Vorlage: VO/2014/01491**

Herr Stolzenberg verlässt wegen Befangenheit den Sitzungssaal.

Herr Senator Boden erläutert den erneuten Auslegungsbeschluss damit, dass es durch Änderungen bezüglich der Festsetzung der Geschosse vor dem letzten BA am 17.03.2014 Restbedenken zum Satzungsbeschluss gegeben habe. Es wurde eine verkürzte erneute Offenlage auf Basis des letzten B-Planes empfohlen.

Herr Freitag fragt nach der Einhaltung möglicher Fristen.

Herr Senator Boden erklärt, dass es keine Nachteile geben werde, wenn der Bürgermeister

nach der nächsten Bürgerschaftssitzung am 23.06.2014 diesen Beschluss unterschreibe.

Frau Friedrichsen spricht die in den Planungsrechtlichen Festsetzungen unter Punkt 4.2. genannte 60% der Begründung der Dachflächen an und möchte wissen, bis zu welcher Neigung eines Daches eine Begründung möglich sei.

Herr Senator Boden erläutert, dass dieses unterschiedlich sei und von der Art der Begründung und von der Art des Daches abhängt.

Herr Löttsch lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für die Vorlage: 14 Stimmen

(Hinweis: Herr Stolzenberg war wegen Befangenheit abwesend)

Der Bauausschuss beschließt die Vorlage einstimmig.

Beschluss:

1. Der Entwurf des Bebauungsplanes und die Begründung werden in der vorliegenden Fassung gebilligt.
2. Der Entwurf des Planes und die Begründung werden gemäß § 4a Abs. 3 BauGB erneut öffentlich ausgelegt. Zeitgleich mit der öffentlichen Auslegung des Planentwurfes wird die erneute Beteiligung der Behörden gemäß § 4a Abs. 3 BauGB durchgeführt.
3. Bei der erneuten öffentlichen Auslegung und der erneuten Trägerbeteiligung gemäß § 4a Abs. 3 BauGB sollen Stellungnahmen nur zu den geänderten Planinhalten abgegeben werden.
4. Die Dauer der erneuten Auslegung wird gemäß § 4a Abs. 3 BauGB angemessen auf zwei Wochen verkürzt.

TOP 3 Sonstige Beschlussvorlagen

**TOP 3.1 3. Regionaler Nahverkehrsplan der Hansestadt Lübeck (3. RNVP)
Vorlage: VO/2014/01389**

Herr Quirder verweist bei der Langfassung des 3.RNVP auf der Seite 37 auf den „Übergeordneten ÖPNV-Knotenpunkt“ der Wesloer Brücke und der auf Seite 38 dargestellten „Nachgeordneten ÖPNV-Knotenpunkt“ bei der Wesloer Brücke, mit der Bitte auf Berichtigung.

Herr Rosenbohm weist bei der Anlage 2, des zweiten Absatzes im letzten Satz darauf hin, dass dort zweimal von „regional“ die Rede sei.

Frau Drochner bestätigt, dass es dort „überregional“ heißen müsste und sagt eine Abänderung zu.

Herr Howe spricht in der Präambel die genannte Attraktivitätssteigerung an, die seiner Meinung nach nicht gegeben sei, wenn z.B. an einer Haltsstelle innerhalb einer Stunde nur ein Schnellbus von vier dort hält.

Herr Senator Boden erläutert, dass in der Präambel Ziele der Neuen ÖPNV-Planung enthalten seien.

Herr Quirder hingegen sieht einen Schnellbus dann als attraktiv an, wenn dieser nicht überall hält und dadurch schnell ans Ziel kommt.

Her Stolzenberg berichtet, dass u.a. eine Initiative der St. Jürgen-Runde auf einen Schnellbus verzichten würde, da es eine direkte Bahnverbindung gebe.

Frau Drochner erläutert, dass der Schnellbus im Zuge der Liniennetzoptimierung als sinnvoll erachtet und eingeführt worden sei. Die angesprochene direkte Bahnverbindung (ohne Umstieg) zwischen Bad Schwartau und dem Haltepunkt Hochschulstadtteil verkehrt lediglich im Stundentakt.

Herr Wolfgramm möchte wissen, was Beschleunigungsmaßnahmen beinhalten.

Frau Drochner führt aus, dass Beschleunigungsmaßnahmen viele Maßnahmen beinhalten, u.a. Untersuchungen, wo man wie schneller an Verkehrsstauungen vorbei fahren kann oder die Herstellung von Fahrbahnrandhaltestellen. Es ist immer zu prüfen, was sinnvoll sei.

Herr Pluschkeil erläutert, dass Beschleunigungsmaßnahmen nicht unbedingt mit schneller Busfahrten Ansicht zu tun hätten, sondern auch das bestätigte Fahren beinhalten.

Herr Lötsch lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für die Vorlage: 15 Stimmen

Der Bauausschuss empfiehlt die Vorlage einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Beschluss:

1. Der 3. RNVP der Hansestadt Lübeck in der vorliegenden Fassung vom 17.02.2013, einschließlich des Realisierungs- und Finanzierungskonzeptes für das Jahr 2014 (Pkt. 8) wird beschlossen.
2. Der Bürgermeister wird aufgefordert, die Umsetzung und Finanzierung der weiteren im 3. RNVP vorgeschlagenen Maßnahmen durch Vorlage eines jährlich der Bürgerschaft zur Entscheidung vorzulegenden Umsetzungs- und Finanzierungskonzeptes sicher zu stellen.
3. Die Realisierung von Maßnahmen, die zu finanziellen Belastungen der mit der Erbringung der Verkehrsleistungen betrauten städtischen Verkehrsunternehmen führen können, ist im Vorwege mit diesen abzustimmen. Eine Beeinträchtigung der im Konsortialvertrag vereinbarten Ergebnislinie und des Finanz- und Wirtschaftsplanes der Gesellschaften ist zu vermeiden.
4. Nach Auslaufen der bestehenden Betrauung/Direktvergabe (31.12.2020) beabsichtigt die Hansestadt Lübeck eine erneute Direktvergabe der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen an die Stadtverkehr Lübeck GmbH und die Lübeck Travemünder Verkehrsgesellschaft mbH im Sinne der EU-VO 1370/2007, soweit die Voraussetzungen hierfür vorliegen.

TOP 3.2 Pilotprojekt "Energetische Stadtsanierung" Lübeck Moisling Vorlage: VO/2014/01356

Herr Howe findet es gut, dass diese Vorlage nun nach jahrelanger Vorbereitung zur Entscheidung kommt.

Herr Stüttgen möchte wissen, ob die Gebäude in so einem Zustand seien, in dem sich eine Sanierung auch noch lohne.

Herr Senator Boden erklärt, dass es sonst keine Förderung geben werde.

Herr Löttsch lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für die Vorlage: 15 Stimmen

Der Bauausschuss empfiehlt die Vorlage einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Beschluss:

Der Auftrag zur Erstellung eines integrierten Quartierskonzepts im Rahmen des KfW-Förderprogramms „Energetische Stadtsanierung“ in Lübeck Moisling wird öffentlich ausgeschrieben.

TOP 4 Mitteilungen und Berichte

TOP 4.1 Mitteilungen des Vorsitzenden

TOP 4.2 Sonstige Mitteilungen und Berichte

**TOP 4.2.1 Betrauungsakt und Direktvergabe der Hansestadt Lübeck an die Stadtverkehr Lübeck GmbH und die Lübeck-Travemünder Verkehrsgesellschaft mbH über die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen zur Erbringung des öffentlichen Personennahverkehrs (Linienbusverkehr) und des Fährverkehrs (Priwallfähre) im Gebiet der "Region Lübeck"
Vorlage: VO/2014/01377**

Der Bauausschuss vertagt die Vorlage einstimmig auf den 05.05.2014.

**TOP 4.2.2 Mündlicher Bericht (5.610.4):
"Parken im Quartier Falkenwiese"**

Herr Schönemann präsentiert das durch den FB5 erarbeitete Konzept anhand einer Präsentation.

Nach der Präsentation ergeben sich folgende Fragen:

Frau Friedrichsen möchte wissen, ob durch das Aufstellen der Fahrradbügel dem Autofahrer signalisiert werden sollte, dass das widerrechtliche Parken in den Kurvenbereichen nicht zulässig sei und auch zu einer eventuellen Behinderung von Löschfahrzeugen führen könnte.

Herr Schönemann verweist auf die Kenntnisse eines jeden Führerscheininhabers, dem bewusst sein sollte, dass man u.a. in Kurven- und Kreuzungsbereichen nicht parken darf. Hier wird es auch keinerlei Duldung geben und ein sofortiges Abschleppen wird die Folge sein. Herr Schönemann unterstreicht noch einmal, dass mit dieser angedachten Lösung allen Anwohnern geholfen sein sollte.

Herr Wolfgramm gibt zu Bedenken, dass das Kenntlichmachen durch Beschilderung der Übergänge bzw. der möglichen Stellplätze der Feuerwehr zu einem Schilderwald führen könne und schlägt Markierungen vor.

Herr Schönemann erläutert, dass es versucht wurde Schilder zu vermeiden, aber Markierungen sind u.a. nicht zu erkennen, wenn dort Schnee drauf liegt. Eine bauliche Veränderung durch abgesenkte Borde wird es frühestens dann geben, wenn die End- bzw. Versorger (Stadtwerke Lübeck oder EBL) zur Erneuerung ihrer Leitungen in die Straßen im Quartier gehen müssen. Auch eine Beschilderung mit kleineren Schildern bzw. mit kürzeren Masten, wie von Herrn Wolfgramm weiter vorgeschlagen, ist aus Sicherheitsgründen nicht zulässig.

Herr Stolzenberg erwähnt dass gute Ergebnis der Zusammenarbeit der Verwaltung mit der Bürgerinitiative.

Herr Lötsch erwähnt abschließend, dass der BA mit der vorgestellten Lösung sehr zufrieden sei und bedauert, dass die Anwohner durch die Verwaltung so verunsichert worden waren.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 4.2.3 Fahrradstraße - Dorfstraße Mündlicher Bericht 5.610.4

Herr Schönemann berichtet, dass die momentane Testphase der Fahrradstraße in der Dorfstraße Ende April 2014 auslaufe. Eine Verlängerung wird derzeit mit der oberen Straßenverkehrsbehörde in Kiel (LBV-SH) abgestimmt.

Die Fahrradstraße habe sich aus Sicht der Verwaltung in dieser Testphase bewährt. Die Anzahl der Radfahrer habe sich verdoppelt. Die Anzahl der Kraftfahrzeuge, die durch die Straße fahren ist sehr rückläufig.

In dem Versuchszeitraum von ca. 3 Jahren gab es 13 Unfälle mit Radfahrern, bei denen 12 durch unsachgemäßen Abbiegen von Autofahrern verursacht wurden. Ein Unfall wurde durch zwei nebeneinander fahrende Jugendliche verursacht. Demzufolge gab es nur einen „echten“ Fahrradunfall.

Die Verwaltung werde nach den Gesprächen mit dem LBV-SH Ende April / Anfang Mai 2014 im BA berichten.

Der Bauausschuss erteilt Herrn Dr. Volker Koß (stellvertretendes Mitglied des BA) das Wort.

Herr Dr. Koß möchte als betroffener Anwohner der Dorfstraße für deren Verbleib als

Fahrradstraße plädieren. Er selbst habe bei der Entwicklung des Plans mitgeholfen und mit den Anwohnern zusammengesessen und diskutiert. Bis auf drei angeschriebene Anwohner haben alle die Briefe unterschrieben, in denen um die Beibehaltung der Fahrradstraße gebeten wird. Diese Briefe übergibt Herr Dr. Koß an Herrn Senator Boden. Bezüglich des oben erwähnten „echten“ Fahrradunfalls weiß Herr Dr. Koß zu berichten, dass dieser nicht in der Dorfstraße stattfand, sondern auf der anderen Seite des Bahnüberganges.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 4.2.4 Sachstand Containergestellung in Steinrade Mündlicher Bericht 5.651

Bezüglich der einfachen Umsetzung der Container aus der Schule in Travemünde nach Steinrade erklärt Herr Bunk, dass es erst eine Ausschreibung geben müsste, um dem dortigen Eigentümer der Container keinen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen. Gemäß der Prüfung durch den Bereich Recht ist in diesem Fall auch keine Dringlichkeit gegeben.

Es werde eine beschränkte Ausschreibung geben erläutert Herr Bunk weiter, was nicht zur Verringerung des erforderlichen Aufwands führen wird. Nebenbei werden verschiedene Fachplaner sich die noch nicht in Augenschein genommenen Schäden an der Schule Steinrade weiter ansehen.

Eine Containergestellung wird so erfolgen, dass diese zum Beginn des neuen Schuljahres benutzt werden können.

Herr Wolfgramm möchte wissen, ob auch der Kauf von Containern eine mögliche Option wäre und ob eine Containergestellung schon beim Beginn der Sommerferien möglich sei, um eine Betreuung in der Schule während der Ferien zu gewährleisten.

Herr Bunk erläutert, dass bei Angeboten für das Mieten der Container auch Angebote für Mietkauf oder Kauf eingeholt werden. Eine Containergestellung vor den Sommerferien ist aus Sicht des FB5 eher unwahrscheinlich. Diesbezüglich verweist Herr Bunk auf den FB4 (Schule und Sport) um dort nach Alternativen zu suchen.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 4.2.5 Fehmarnbelttunnel - Auslegung Mündlicher Bericht 5.610.4

Frau Drochner berichtet, dass die Ergebnisse des Raumordnungsverfahrens zur Hinterlandanbindung der festen Fehmarnbeltquerung am 06.05.2014 im Kabinett zur Kenntnis gegeben werden.

Das Planfeststellungsverfahren für den Tunnel auf der deutschen Seite wird ab dem 05.05.2014 im I-Punkt öffentlich ausgelegt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 4.2.6 ÖPNV - Schlutup - Neubau B104
Mündlicher Bericht 5.610.4

Frau Drochner teilt mit, dass sich der Stadtverkehr Lübeck mit der Anbindung der Siedlung in Schlutup während der Baumaßnahme / Vollsperrung der B104 beschäftigt habe und Lösungsvorschläge vorliegen.

Es sei geplant ab dem Schlutuper Markt sog. Linientaxis in beide Richtungen zwischen den Haltestellen „Palinger Weg“ und „Schlutup/Markt“ pendeln zu lassen. Ein zweites Linientaxi steht immer als Reserve bereit.

Die Linie 11 wird ab/bis zur Haltestelle „Kirschenallee“ die Umleitungsstrecke fahren. Die einzige Haltestelle, die nicht bedient wird, ist die Haltestelle „Försterei“.

Der Stadtverkehr Lübeck wird demnächst Flyer mit den Informationen verteilen.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 4.2.7 Nachpflanzung gefälltter Bäume 2014 / Baumpflege
Mündlicher Bericht 5.660

Frau Maurer informiert über die geplanten Nachpflanzungen gefälltter Bäume in den Stadtteilen 2014 (siehe vor dem BA umverteilte Liste), die ab dem 08.04.2014 im Internet veröffentlicht wird.

Weiterhin spricht Frau Maurer die Baumpflege in der Hansestadt Lübeck an und verteilt ein weiteres Informationsblatt an die Anwesenden. Dies dürfe gern auch an weitere Dritte umverteilt werden, da ja – gerade in der letzten Zeit – eine rege und häufig auch kritische Nachfrage zum Vorgehen der Verwaltung und seitens der Öffentlichkeit bestehe.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 4.2.8 Verzögerung - Kostensteigerung durch Archäologie
Mündlicher Bericht 5.651

Herr Bunk informiert den BA darüber, dass es zu zeitlichen Verzögerungen, aber auch zu Kostensteigerungen an verschiedensten zu Sanierenden öffentlichen Gebäuden (aktuell Trennentwässerung an der OzD) kommen kann, wenn die Archäologie in dem Bereich fündig wird.

Weiterhin gibt Herr Bunk ein Bildband zur Ansicht in den Umlauf, welcher die Schäden bei der Dachsanierung des Zeughauses widerspiegelt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 4.2.9 Teilnahme FB 4 an BA-Sitzungen Mündlicher Bericht 5.651

Herr Bunk spricht noch einmal die Forderung des BA vom 17.03.2014 an, in dem die Teilnahme von Schule und Sport (FB4) beschlossen wurde, sobald ein Schulgebäude als Thema auf der Tagesordnung stehe.

Herr Lötsch bekräftigt die Nachfrage von Herrn Bunk dahingehend, dass dieses nur der Fall sein wird, wenn ein neues „Schulprojekt“ gestartet wird und nicht bei jeder einzelnen Ausschreibung.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 4.3 Berichte über Verlauf und Ergebnis von Öffentlichkeitsbeteiligungen

Herr Schröder teilt mit, dass am Donnerstag den 10.04.2014, 19:00 Uhr im Foyer Mühlendamm 10-12 eine frühzeitige Bürgerbeteiligung für das Gründerviertel stattfindet. Es wird eine Wiederholung der Veranstaltung sein, in der es um das B-Plan-Verfahren bezüglich der Tiefbauarbeiten von EBL und Stadtwerke Lübeck gehe.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 4.4 Eilentscheidungen des Bürgermeisters

Herr Dr. Klotz kündigt eine Eilentscheidung des Bürgermeisters an, die dem BA in einer seiner nächsten Sitzungen zur Kenntnis gegeben werde (VO/2014/01297).

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 5 Anfragen, Anregungen, Anträge und Verschiedenes

TOP 5.1 Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

5.1.1 Straßenbeleuchtung Klaus-Groth-Straße (Herr Quirder) (5.660) (TOP 5.2.1 am 17.02.2014)

In Teilen der Klaus-Groth-Straße wurde die Straßenbeleuchtung im November 2013 abgebaut. Herr Quirder möchte wissen, aus welchem Grund diese entfernt wurde und

ob es geplant sei, die Straßenbeleuchtung wieder herzustellen und wenn ja, wann dies geschehen werde?

Zwischenantwort:

Herr Senator Boden sagt eine Klärung zu einer der nächsten Sitzungen zu.

Abschließende Antwort:

Die akut umbruchgefährdeten Straßenbeleuchtungsmasten wurden im Zuge von Wartungsarbeiten gesichert und abgeräumt.

Am 06.03.2014 wurden an gleicher Stelle neue Masten gesetzt. Die Straßenbeleuchtung in der Klaus-Groth-Straße ist seitdem wieder vollständig in Betrieb.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

**5.1.2 Radverkehrsmaßnahmen 2014 (Herr Prieur) (5.660 / 5.610)
(TOP 5.2.1 am 03.03.2014)**

Herr Prieur möchte wissen, ob es bei dem umverteilten Informationsblatt zum Programm „Radverkehrsmaßnahmen 2014“ eine Terminplanung gäbe.

Zwischenantwort:

Herr Senator Boden sagt eine Klärung zu einer der nächsten Sitzungen zu.

Abschließende Antwort:

Das Programm „Radverkehrsmaßnahmen 2014“ beinhaltet die Maßnahmen aus dem Programm 2013 und zusätzlich neu aufgenommene Maßnahmen.

Eine konkrete Terminplanung für die Maßnahmen gibt es nicht, die Realisierung dieser ist von den Ressourcen und Prioritätensetzungen abhängig. Sicher ist, dass die baulichen Maßnahmen Sanierung der Radwegdecken in der Wesloer Landstraße, in der Schlutuper Straße und in der Walderseestraße in 2014 erfolgen werden.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

**5.1.3 Tiefbauarbeiten in Kücknitz (Herr Prieur) (5.660)
(TOP 5.2.1 am 17.03.2014)**

In den vergangenen Wochen wurden in Kücknitz im Bereich Werkstraße, Hochofenstraße, Kücknitzer Hauptstraße / Lupinenweg Tiefbauarbeiten durchgeführt. Dabei wurde eine ca. 10cm dicke Versorgungsleitung im Horizontalspülbohrverfahren (ugs. "Flowtex-Verfahren") direkt unter die dort vorhandenen Bäume eingebaut. Die Vortriebsmaschine und der Bodenaushub wurden dabei innerhalb des Baumkronenbereichs zwischengelagert. Die Bohrarbeiten wurden teilweise durch die Baumwurzeln geführt.

Bei Entwässerungskanalbauarbeiten hatte das ehemalige Grünflächenamt die Entsorgungsbetriebe Lübeck bereits mehrfach zur kurzfristigen Änderung der Bauarbeiten aufgefordert bzw. die betreffenden Schachtmeister strafrechtlich angezeigt, da die Schäden an den Bäumen kurz- oder mittelfristig zum Absterben führen können.

Wurde diese Baumaßnahme, speziell die Leitungs-Trasse, mit Ihnen abgesprochen?
Wurde geregelt, wer die Bäume erneuert, falls sie tatsächlich krank werden oder sterben sollten?

Zwischenantwort:

Herr Senator Boden sagt eine Klärung zu einer der nächsten Sitzungen zu.

Abschließende Antwort:

Die Baumaßnahme wurde in Form eines Planverfahrens von der Fa. Lehmsiek im Auftrag für Kabel Deutschland beantragt.

Die Firma hat gegen die Auflagen der Genehmigung verstoßen, indem sie eine Leitung in geschlossener Bauweise unterhalb der Straßenbäume gezogen hat. Die Firma wurde aufgefordert, die Leitung zurückzubauen und in einem Abstand von 2,50m zu der Baumachse neu zu verlegen.

Ein Verzicht auf den Rückbau ist nur möglich, wenn die Firma nachweist, dass die Leitung mindestens in einer Tiefe von zwei Metern verlegt wurde und der Eigentümer der Leitung garantiert, dass Baumneupflanzungen auf der Leitungstrasse möglich sind.

Die Schäden an mehreren Bäumen, die durch die Anlage der Start- und Zielgruben im Wurzelbereich der Bäume verursacht wurden, werden nach Methode Koch ermittelt und der Firma in Rechnung gestellt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

**5.1.4 Beleuchtung Berliner Allee (Frau Kaske) (5.660)
(TOP 5.2.2 am 03.03.2014)**

Frau Kaske möchte ergänzend zur Beantwortung ihrer Frage aus der Bauausschusssitzung am 19.08.2013 wissen, ob im Zuge des Neubaus der Berliner Allee bereits Kabel für die Beleuchtung im Umfeld der Straße gelegt worden sind, um so die teuren Kosten des Kabels und des Verlegens zu sparen.

Zwischenantwort:

Herr Senator Boden sagt eine Klärung zu einer der nächsten Sitzungen zu.

Abschließende Antwort:

Dem Bereich 5.660 Stadtgrün und Verkehr ist nichts von einem Beleuchtungskabel entlang der Berliner Allee ab der Einmündung Carl-Gauß-Straße in Richtung A 20 (= Süden) bekannt.

Folgende Dienststellen wurden dazu nochmals abgefragt:

der Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein (LBV-SH) als der aktuelle Straßenbaulastträger, die KWL GmbH als Rechtsnachfolgerin der HEG Hochschulstadtteil Entwicklungsgesellschaft mbH, die I.B.H. Ingenieurbüro Hornecker GmbH als das Planungsbüro für die Straßenbeleuchtungsanlagen im Hochschulstadtteil und das Sachgebiet Verkehrswegebeleuchtung der Hansestadt Lübeck

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

**5.1.5 Baumfällarbeiten Karlshof / Israelsdorf (Herr Quirder) (5.660)
(TOP 5.2.3 am 03.03.2014)**

Im Stadtteil Karlshof / Israelsdorf wurden diverse Bäume von der Stadt Lübeck gefällt. Herr Quirder möchte hierzu wissen, ob an eine Nachpflanzung gedacht sei und wenn ja, wann damit begonnen wird, in welchem Umfang, an welchen Standorten, welche Baumarten nachgepflanzt werden und wann diese Maßnahme abgeschlossen werden soll.

Zwischenantwort:

Herr Senator Boden sagt eine Klärung zu einer der nächsten Sitzungen zu.

Abschließende Antwort:

In 2014 wurden insgesamt 12 Bäume in Grünanlagen oder Straßen gefällt:

- 1x Kinderspielplatz Ecknerstraße
- 2x Kinderspielplatz Wilhelm-Ohnesorg
- 1x Waldstraße

Zusätzlich wurden acht Bäume auf dem Sportplatz Phönix in der Travemünder Allee wegen der geplanten Baumaßnahme von zwei Kunstrasenplätzen gefällt.

Aktuell sind 232 offene Baumstandorte im Straßenraum vorhanden. Durch Nachpflanzungen in diesem Jahr werden 86 Fehlstellen an Straßen reduziert. Die Höhe der verfügbaren Mittel ist allerdings nicht für alle Standorte ausreichend, so dass auch dieses Jahr für die Abarbeitung eine Priorisierung vorgenommen werden muss.

In Karlshof/ Israelsdorf sind insgesamt 25 offene Baumstandorte vorhanden. Drei Bäume in der Waldstraße werden im Herbst nachgepflanzt. Die weiteren 22 Fehlstellen werden nicht ersetzt, da der Standort dies nicht zulässt oder dies nicht erfordert.

Hinweis:

Für den heutigen Bauausschuss (07.04.2014) wurde als Tischvorlage die „Nachpflanzung gefällter Bäume in den Stadtteilen 2014“ umverteilt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Lötsch fordert die Verwaltung auf, in der nächsten Sitzung, die bisher nicht beantworteten Anfragen (insbesondere die aus dem Jahr 2013) - sofern möglich - zu beantworten.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 5.2 Neue Anfragen

5.2.1 EU Richtlinie 2003/59/EG (Herr Quirder) (5.660)

Herr Quirder möchte bezüglich der EU Richtlinie 2003/59/EG folgende Fragen beantwortet haben:

1. Wie viele Kraftfahrer sind im FB 5 von der o. g. EU Richtlinie betroffen?
2. Haben alle Kraftfahrer aus Frage 1 die Schulung nach der EU Richtlinie erhalten?
3. Wenn nicht, wird dies bis zum Inkrafttreten im September geschehen?
4. Wie wird in den kommenden Jahren die regelmäßige Nachschulung organisiert?

Abschließende Antwort:

Fahrerinnen und Fahrer, die als Angestellte oder Selbstständige, Güter- oder Personenbeförderungen zu gewerblichen Zwecken durchführen, müssen künftig eine Qualifizierung nachweisen. Dies sieht die europäische "Richtlinie 2003/59 über die Grundqualifizierung und Weiterbildung der Fahrer bestimmter Kraftfahrzeuge für den Güter- oder Personenkraftverkehr" vor. Ziel dieser europäischen Initiative ist eine Verbesserung der Verkehrssicherheit sowie der Sicherheit der Fahrerinnen und Fahrer.

Die Umsetzung der EU-Initiative erfolgte in Deutschland durch das "Gesetz über die Grundqualifikation und Weiterbildung der Fahrer bestimmter Kraftfahrzeuge für den Güterkraft- oder Personenverkehr (Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz – BKrFQG)" vom 14. August 2006, das am 1. Oktober 2006 in Kraft getreten ist und mit Wirkung ab dem 31.05.2011 eine erste Änderung erfahren hat.

Ergänzt wird dieses Gesetz durch die "Verordnung zur Durchführung des Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetzes (BKrFQV)" vom 22. August 2006, die ebenfalls am 1. Oktober 2006 in Kraft trat.

Nach Einschätzung des Bereiches 5.660 findet das BKrFQG keine Anwendung, da die Aufgaben nicht dem gewerblichen Güterverkehr zuzuordnen sind. Hierzu gibt es bundesweit jedoch keine einheitliche Vorgehensweise, daher hat der Bereich das Rechtsamt um Prüfung gebeten. Nach einer ersten Einschätzung teilt das Rechtsamt diese Einschätzung. Eine abschließende Prüfung ist noch nicht erfolgt.

Falls eine Qualifikation doch notwendig sein sollte, wären im Bereich 5.660 drei Fahrer zu schulen. Diese Fahrer besitzen eine Fahrerlaubnis, die vor dem 10. September 2009 erteilt worden ist; damit unterliegen sie gemäß § 3 BKrFQG keiner Qualifikationspflicht. In diesen Fällen besteht nur eine Pflicht zur Weiterbildung gemäß § 5 BKrFQG im Umfang von insgesamt 35 Stunden.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.2 Schulcontainer, Groß Steinrade (Herr Wolfgramm) (5.651)

Nach der letzten Bürgerschaftssitzung wurde in den LN darüber berichtet, dass mit Containern erst nach der Sommerpause zu rechnen ist.

Herr Wolfgramm möchte geklärt haben, ob:

1. es nicht doch kurzfristig möglich sei, den Schülern eine entsprechende "Unterkunft" für den Unterricht zu ermöglichen?
2. ggf. kann man die Container der Stadtschule in Travemünde nutzen? (aus den Leserbriefen bei hl-live äußerte jemand, dass dort die Container nicht mehr gebraucht würden)
3. eine Anmietung nicht ohnehin die flexibelste Lösung sein könnte; wäre in diesem Fall eine verkürzte Ausschreibung möglich oder könnte Sie unterbleiben in Anbetracht der zeitlichen Dringlichkeit und des Beschlusses der Bürgerschaft?

Abschließende Antwort:

Siehe Beantwortung der Fragen TOP 4.2.4

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.3 Baustelleneinzäunung Godewind-Parkplatz (Herr Quirder) (5.610 / KWL)

Auf dem Godewind-Parkplatz in Travemünde ist ein Bereich mit einer Baustelleneinzäunung versehen.

1. Ist dies der Beginn der Umgestaltung des Parkplatzes?
2. Wenn ja, wann werden die Umbauarbeiten beendet sein?
3. Wenn nein, wird der eingezäunte Bereich bis zum Saisonstart wieder zum Parken frei gegeben?

Zwischenantwort

Herr Senator Boden sagt eine Beantwortung zu einer der nächsten Sitzungen zu.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.4 LSA Vorwerker Straße (Herr Quirder) (5.660)

Die Grünphase für Fußgänger an der Fußgängerampel in der Vorwerker Straße an der Bushaltestelle „Bogenstraße“ ist so knapp bemessen, dass ein Fußgänger die Straße bei Grün nicht oder nur gerade eben passieren kann. Auf Grund der Vorwerker Diakonie nutzen sehr viele in ihrer Mobilität eingeschränkte Menschen diesen Übergang, denen es nicht möglich ist, die Straße während der Grünphase zu überqueren. Dies führt zu einer erheblichen Verunsicherung dieser Personengruppe. Ist es möglich die Grünphase für Fußgänger entsprechend zu verlängern?

Zwischenantwort

Herr Senator Boden sagt eine Beantwortung zu einer der nächsten Sitzungen zu.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.5 Sachstand Sternwarte (Frau Kaske) (5.610)

Frau Kaske möchte über den neusten Sachstand bezüglich des Standortes der Sternwarte informiert werden.

Zwischenantwort

Herr Senator Boden sagt eine Beantwortung zu einer der nächsten Sitzungen zu.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.6 Kantstraße (Frau Kaske) (5.660)

Frau Kaske spricht die enge Straßenbreite der Kantstraße an, wo ein neuer Großverbrauchermarkt demnächst eröffnet und möchte wissen, ob dort eine Einbahnstraße geplant sei.

Zwischenantwort

Herr Senator Boden sagt eine Beantwortung zu einer der nächsten Sitzungen zu.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.7 Städtische Gebäude - Betriebskosten (Herr Stolzenberg) (5.651)

Herr Stolzenberg möchte wissen, ob es eine Auflistung der städtischen Gebäude gibt und eine weitere Liste mit deren Unterhaltungskosten, um ggf. über Einsparpotential in der Fraktion nachzudenken.

Zwischenantwort

Herr Bunk bestätigt, dass es eine Liste mit allen Standorten städtischer Gebäude gebe und spricht eine Differenzierung zwischen Betriebskosten und Bauunterhaltungskosten an. Die Betriebskosten sind darstellbar, wobei die Bauunterhaltungskosten stark variieren.

Herr Bunk sagt eine Liste mit der Darstellung der Betriebskosten der städtischen Gebäuden zu einer der nächsten Sitzungen zu.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.8 Straßenbeleuchtung Thomas-Mann-Straße & Stresemannstraße (Herr Freitag) (5.660)

Herr Freitag spricht das Entfernen der Straßenbeleuchtung in der Thomas-Mann-Straße und der Stresemannstraße an und möchte hierzu wissen, ob dort eine

Ersatzbeleuchtung erfolgt oder ob es sich hierbei um eine endgültige Maßnahme handelt.

Zwischenantwort

Herr Senator Boden sagt eine Beantwortung zu einer der nächsten Sitzungen zu.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.9 Wassereinläufe Röntgenstraße (Herr Freitag) (5.660)

Herr Freitag spricht die Kreuzung in der Röntgenstraße mit der Röntgenstraße selber an, wo nach Niederschlägen das Wasser in der Straße stehe und nicht ablaufe. Hierzu möchte er wissen, ob es an den Abläufen der EBL liege oder an den Auswirkungen von Straßenbaumaßnahmen.

Zwischenantwort

Herr Senator Boden sagt eine Beantwortung zu einer der nächsten Sitzungen zu.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.10 Wesloer Straße (Neubau B104) Rettungsfahrzeuge (Herr Lötsch) (5.660 / LBV)

Herr Lötsch möchte wissen, ob während der Umbaumaßnahme / Vollsperrung der B104 die Durchfahrt für Rettungsfahrzeuge (Notspur) gewährleistet sei, da die Freiwillige Feuerwehr in Schlutup nicht informiert sei.

Zwischenantwort

Herr Dr. Klotz geht davon aus, dass es Absprachen zwischen dem LBV-SH als Baulastträger und den Rettungskräften gegeben habe und sagt nach Rücksprache mit den Verantwortlichen beim LBV-SH eine Beantwortung zu einer der nächsten Sitzungen zu.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.11 Sternwarte Fördergelder (Frau Friedrichsen) (5.610)

Frau Friedrichsen möchte wissen bei wem die erste Zuständigkeit im Bezug auf die privat betriebene Sternwarte liege, beim FB5 (Bauen) oder beim FB4 (Schule und Sport). Es gehe hierbei um das Herantreten an Stiftungen zur Förderung der u.a. sehr guten Jugendarbeit der Sternwarte. Frau Friedrichsen möchte wissen, ob diese Anfrage schon von einer Seite erfolgt sei.

Zwischenantwort

Herr Senator Boden sagt eine Beantwortung zu einer der nächsten Sitzungen zu.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.12 Wanderweg an der Trave (Herr Howe) (5.610 / 5.660)

Herr Howe möchte wissen, ob der Wanderweg an der Trave bis zu den Salzspeichern fertig gestellt werden soll. Herr Howe möchte wissen, ob auf der freien Fläche bei der Dankwartsbrücke eine Möblierung stattfinden soll und wer dann dafür zuständig sei?

Weiterhin möchte Herr Howe wissen, wann der gesperrte Weg (Stichweg) vom Wanderweg zur Wallstraße wieder aufgemacht wird oder ob dieser gar nicht mehr aufgemacht wird.

Zwischenantwort

Herr Senator Boden sagt eine Beantwortung zu einer der nächsten Sitzungen zu.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.13 Grundstück Seelandstraße (Herr Pluschkell) (5.631 / 5.610 / 2.280)

Eine Abbruchfirma hat eine bis Ende 2015 befristete Baugenehmigung für Container-Stellplätze und Lagerflächen auf dem Gelände zwischen Seelandstraße und Traveufer über dem Herrentunnel.

Herr Pluschkell möchte wissen, ob es für die Fläche zeitlich und/oder sachlich weitergehende Bauanträge gibt.

Zudem möchte Herr Pluschkell wissen, wem die derzeit von der Firma genutzten Flächen tatsächlich gehören (Herrentunnel-Arge, HL, LHG?) und ob es seitens der HL / LHG hierzu Verkaufsgespräche gab oder gibt?

Zwischenantwort

Herr Senator Boden sagt eine Beantwortung zu einer der nächsten Sitzungen zu.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.14 Nägel für Außengastronomie (Frau Bade) (5.660)

Frau Bade möchte wissen, ob es möglich sei, in der Mühlenstraße ähnliche Nägel zur Begrenzung der Bürgersteige durch die Außengastronomie zu setzen wie diese in der Vorderreihe praktiziert wird.

Zwischenantwort

Herr Senator Boden sagt eine Beantwortung zu einer der nächsten Sitzungen zu.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.15 Wasserabläufe Wallbrechtstraße (Frau Metzner) (5.660)

Frau Metzner spricht den Überlauf in der Lise-Bartels-Straße / Wallbrechtstraße an, der im letzten Jahr gereinigt worden ist und nach den Asphaltierungsarbeiten in der Wallbrechtstraße wieder verstopft ist, so dass sich dort große Pfützen bei Niederschlägen bilden.

Zwischenantwort

Herr Senator Boden sagt eine Beantwortung zu einer der nächsten Sitzungen zu.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 5.3 Anträge**TOP 5.3.1 Transparenz bei der Baumpflege**

Vorlage: VO/2014/01468

Herr Stolzenberg versichert, dass mit dieser Vorlage der Verwaltung kein zusätzlicher Aufwand auferlegt werden solle, sondern dass es sich um reine Informationen aus der Verwaltung handele.

Herr Lötsch äußert sich dahingehend, dass es aus seiner Sicht schon ein gewisser Mehraufwand in der Verwaltung wäre, wenn diverse Vereine, Verbände, Stadtteilrunden und Anwohner vor Durchführung der Maßnahmen eine Gelegenheit zur Abgabe einer Stellungnahme gegeben werde und diese sowohl im Bau- und im Umweltausschuss beraten werden müsse.

Herr Goldschmidt merkt an, dass die getätigten Äußerungen von Herrn Stolzenberg im Widerspruch zu der Begründung des Antrag stehen würde und außerdem die meisten Bürger nicht die Fachkompetenz der Verwaltung hätten, um ggf. diese Maßnahmen in Frage zu stellen.

Herr Howe begrüßt es generell, wenn die Öffentlichkeitsarbeit im Internet vorangetrieben werde, ist allerdings der Meinung, dass es in diesem Fall ausreiche die Infos aus der Zeitung zu erfahren. Im Einzelfall könne eventuell eine Klärung mit der Verwaltung erfolgen.

Frau Friedrichsen sieht in dem Antrag selber einen Widerspruch.

Herr Lötsch lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für den Antrag: 1 Stimme
Gegen den Antrag: 14 Stimmen

Damit lehnt der Bauausschuss den Antrag mehrheitlich ab.

TOP 5.3.2 Antrag aus der Bürgerschaft vom 05.03.2014: Ladestationen für E-Bikes Vorlage: VO/2014/01496

Herr Pluschkell sieht in dem Antrag eine einseitige Fokussierung, da hier als potentieller Betreiber nur die Stadtwerke Lübeck gesehen wurde. Man müsse sich die Frage stellen, wer hierfür noch in Frage kommen könnte (Gastronomie, Einzelhandel, usw.).

Frau Friedrichsen fragt sich bei einer angedachten touristischen Nutzung, welcher Tourist bei einer Ladezeit von ca. 4 Stunden für ein E-Bike, solange in einem Lokal verweilen werde.

Frau Bade bittet den Antrag dahingehend aufzuweiten, dass diese Prüfung auch für elektrische Rollstühle zutreffe.

Herr Lötsch lässt über den Antrag, inklusive der Ergänzung von Frau Bade und Herrn Pluschkell abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für den Antrag: 15 Stimmen

Damit beschließt der Bauausschuss den Antrag einstimmig.

Beschluss:

Der Bürgermeister möge prüfen, welche Möglichkeiten es im Stadtgebiet Lübecks gibt, Ladestationen für E-Bikes und für elektrische Rollstühle aufstellen zu lassen.

**TOP 5.3.3 Antrag der SPD-Fraktion:
Antrag zum Anwohnerparkrecht für die Straßen "An der Stadtfreiheit" und "Bergedorfer Straße".****Antrag zum Bewohnerparkrecht für die Straßen „An der Stadtfreiheit“ und „Bergedorfer Straße“**

Die Verwaltung möge prüfen, ob es möglich ist für die Straßen „An der Stadtfreiheit“ und „Bergedorfer Straße“ ein Anwohnerparkrecht einzuführen, da diese vermehrt von auswärtigen Pendlern als Park&Ride-Parkplatz genutzt werden und damit den Anwohnern selbst nicht mehr zur Verfügung stehen. Sollte ein Anwohnerparkrecht nicht möglich sein, ist zu prüfen, wie das Park&Ride-Parken unterbunden werden kann.

Begründung:

Nachdem in der Zeitung deutlich dargestellt wurde, dass z.B. Einkaufszentren parkende Autos (z.B. Aldi) abschleppen lassen, die tagsüber die Parkplätze zweckentfremdet nutzen, haben sich die Pendler nun vermehrt bahnhofsnahe Straßen als Tagesparkplatz ausgesucht. Da durch die Querverbindung bei der Kirche (Nebeneingang vom Hauptbahnhof, Rückseite) die Ziegelstraße und hier insbesondere die Seitenstraßen „An der Stadtfreiheit“ und „Bergedorfer Straße“ als Park&Ride-Parkplatz an Attraktivität gewonnen haben, wird diese Zweckentfremdung dort für die Anwohner zum Ärgernis (und damit auch für die Müllabfuhr, usw.). Die eigenen Anwohner sind die Leittragenden, die aus Notbehelf nicht mehr korrekt parken können und Ordnungswidrigkeiten begehen. Dies muss nicht sein, denn diese Straßen sind nicht als Park&Ride-Parkplätze gedacht.

Herr Freitag möchte wissen, ob diese Anfrage im Quartier der Falkenwiese mit abgearbeitet werden wird oder separat zu behandeln sei.

Herr Quirder erläutert, dass hier das Problem etwas anders gelagert sei, als im Quartier Falkenwiese.

Herr Howe bittet darum, nicht nur diese beiden Straßen zu betrachten, sondern das ganze Quartier zu betrachten.

Herr Senator Boden sagt eine Prüfung zu.

Herr Lötsch lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für den Antrag: 15 Stimmen

Damit beschließt der Bauausschuss den Antrag einstimmig.

Herr Lötsch beschließt den öffentlichen Teil (18:05 Uhr)

TOP 13 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Bauausschuss im nicht öffentlichen Teil Beschlüsse gefasst hat.

Lübeck, den 6. Mai 2014

Vorsitz

Thomas Kaacksteen
Protokollführung